

Erinnern als Staatsräson?

Von TLV-01 - 26. Januar 2026



Haus der Wannsee-Konferenz, Foto: A. Rethmann

Der Text geht auf eine Veranstaltung zum Jahrestag der Wannsee-Konferenz zurück, die unter dem Titel *Erinnern als Staatsräson? Deutsche Erinnerungskultur und israelische Perspektiven auf das Gedenken an die Shoah* stand. Der Beitrag erscheint anlässlich des Jahrestags der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar in leicht erweiterter Fassung.

The text stems from an event held on the anniversary of the Wannsee Conference, which was entitled *Remembrance as a Matter of National Interest? German Remembrance Culture and Israeli Perspectives on Commemorating the Shoah*. This contribution is published on the occasion of the anniversary of the liberation of Auschwitz on January 27, in a slightly expanded version.

[English version below](#)

Erinnern als Staatsräson?

Von Anne Rethmann

Postdoktorandin an der Martin Buber Society of Fellows in the Humanities and Social Sciences
der Hebrew University of Jerusalem

Der 84. Jahrestag der Wannsee-Konferenz steht unter dem Titel *Erinnern als Staatsräson?* – wohlgermerkt mit Fragezeichen. Die Begriffe und Ereignisse, die zur Diskussion stehen, reichen vom 20. Januar 1942 über Angela Merkels Rede vor der Knesset im Jahr 2008 bis zum 7. Oktober 2023. Sie verweisen in ihrer Konstellation auf ein spannungsreiches Feld, das weit über deutsche und israelische Erinnerungskulturen hinausgeht.

In den vergangenen Jahren hat insbesondere der Begriff der Staatsräson heftige Auseinandersetzungen ausgelöst – über Meinungsfreiheit, historische Verantwortung und die Frage, ob und was überhaupt aus Geschichte gelernt werden kann. Er ist zu einem Kristallisationspunkt erinnerungspolitischer Konflikte geworden. Jacob Eder hat in seinem Input bereits die Grundrisse dieses nicht unproblematischen Begriffs beschrieben. Gerade im Kontext von Angela Merkels Rede vor der Knesset erscheint es mir sinnvoll, den Begriff der Staatsräson zu entdramatisieren – ohne ihn zu verteidigen. Merkel verwendet ihn erkennbar im Sinne der Anerkennung der existenziellen Sicherheitsfunktion jüdischer Staatlichkeit nach 1945, die sie in ihrer Rede vor dem Hintergrund konkreter sicherheitspolitischer Bedrohungen, etwa des iranischen Atomprogramms, verortet. Zugleich bindet sie ihn an politische Lösungen des Nahostkonflikts und an den Würdebegriff, den sie mehrfach nennt und der staatliche Sicherheitsansprüche normativ einhegt, moralisch wie rechtlich. Er ist rechtlich gesichert im Grundgesetz wie auch im israelischen *Basic Law: Human Dignity and Liberty*. In der gegenwärtigen Skandalisierung gehen diese Feinheiten meist verloren; ähnlich wie der Genozidbegriff ist der Begriff selbst zu einem Affektcode geworden, dessen dramatisierte Lesart den Eindruck erzeugt, Kritik an der israelischen Politik sei grundsätzlich untersagt.

In meinem kurzen Beitrag werde ich darauf nicht weiter eingehen, sondern möchte den Fokus auf den ersten Teil des Titels richten: auf das Erinnern – und auf diesen konkreten Ort am Wannsee: Welche Bedeutung hat diese knapp 90-minütige Besprechung vom 20. Januar 1942 für ein Verständnis der Shoah? Auf was sollte eine Gedenk- und vor allem auch Bildungsstätte wie diese besonders achten? Und hat die Art und Weise, wie die Shoah erinnert wird, Auswirkungen auf die Sichtweise, wie heute Israel gesehen wird? Auf diese Fragen kann der Ort, an dem wir uns heute befinden, einige Impulse geben.

Vor- und Nachgeschichte der Wannsee-Konferenz

Dieser Ort ist kein Tatort im engeren Sinne. Es gab hier kein Blut, keine Leichenberge, keine Gaskammern. Und doch steht er symbolisch – und im amtsdeutschen Jargon durch das überlieferte Protokoll belegt – für die beinahe vollständige Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden. Die Villa am Wannsee ist neben den Deportationsorten einer der wenigen Orte in Deutschland, die nicht nur auf den nationalsozialistischen Terror im Allgemeinen verweisen. Sie verweist stattdessen auf die Shoah im ganz konkreten Sinne und damit auf ein entscheidendes Charakteristikum des Nationalsozialismus: einen auf Vernichtung zielenden Antisemitismus, der in den Vernichtungslagern im besetzten Polen seine radikalste institutionelle Form annahm.

In der Holocaustforschung besteht heute Konsens darüber, dass die Entscheidung, die jüdische Bevölkerung Europas vom Erdboden verschwinden zu lassen, nicht erst hier gefallen ist. Tatsächlich war die Idee der Vernichtung in breiten Teilen der deutschen Führung verankert. Zugleich konnten in den besetzten und verbündeten Ländern bereits vorhandene radikal antisemitische Gruppen und Netzwerke für die deutsche Vernichtungspolitik aktiviert werden. Die Wannsee-Konferenz dokumentiert daher nicht den Beginn, sondern einen Konsens: die administrative Fixierung eines schon in Gang gesetzten Vernichtungsprozesses. Entscheidend ist daher ihre Vor- und Nachgeschichte.

Vom Sommer 1941 bis Januar 1942 waren bereits Hunderttausende Jüdinnen und Juden ermordet worden, vor allem durch Massenerschießungen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Mit Chelмно nahm im Dezember 1941 das erste eigens auf unmittelbare Vernichtung ausgerichtete Lager den Betrieb auf. 1942 folgten die Vernichtungslager der sogenannten *Aktion Reinhardt*: Belzec, Sobibór und Treblinka sowie Auschwitz-Birkenau als Zentrum der industriellen Massenvernichtung. Die Wannsee-Konferenz bündelte also einen bereits laufenden Mordprozess administrativ und machte seine systematische Ausrichtung auf das gesamte europäische Judentum sowie seine Einbindung in eine längst bestehende, sich weiter eskalierende Vernichtungsinfrastruktur sichtbar.

Ein erheblicher Teil der Besprechung widmete sich daher auch nicht der Frage, ob Jüdinnen und Juden vernichtet werden sollten – diese war bereits vorausgesetzt –, sondern der Frage, wie diese Kategorie zu definieren sei. Wie im Protokoll ausdrücklich festgehalten, knüpfte man dabei an die Nürnberger Gesetze von 1935 an. In rechtlicher Form konstruierten diese Gesetze die jüdische Bevölkerung als kollektiven inneren Feind und entzogen ihr schrittweise den Anspruch, als Rechtsperson zu gelten. Damit wurde das deutsche Recht für die jüdische Bevölkerung zum Instrument tödlicher Zuschreibung – nicht zur Bedingung möglicher Freiheit. Für jüdische Opfer bedeutete die kollektive Zuschreibung, dass Vernichtung zur Regel wurde und Überleben zur Ausnahme. Der deutsche, nichtjüdische Auschwitz-Überlebende Ludwig Wörl brachte diese Logik 1964 im ersten Frankfurter

Auschwitz-Prozess in einem Satz auf den Punkt: „Die Juden mussten sterben, die Polen sollten sterben, und die Deutschen konnten sterben.“



Zur Nachgeschichte der Wannsee-Konferenz gehört der Zusammenbruch der Lagerordnung und die Verlagerung der Vernichtungsgewalt in erneut entgrenzte, unmittelbare Formen. Zwischen Herbst 1944 und Mai 1945 kulminierte diese in den Todesmärschen, bei denen Jüdinnen und Juden überproportional unter den Opfern waren. Dieser Schlusspunkt der Shoah vollzog sich in großer Zahl auf deutschem Boden.

Wenn ich die Gewalt gegen das europäische Judentum betone, dann nicht nur, weil wir heute den 20. Januar erinnern – den Tag, an dem die sogenannte Endlösung der Judenfrage zum einzigen Tagesordnungspunkt wurde. Mir geht es nicht um eine Hierarchisierung von Opfern, sondern um die Vernichtungslogik selbst: um die Intentionen der Täter und die Strukturen der Gewalt, die bestimmten, wer überleben konnte – und wer definitiv nicht. Wo diese Logik aus dem Blick gerät, droht eine Unsichtbarmachung der jüdischen Opfer.

Ein Beispiel für eine solche Unsichtbarmachung ist in Bayern die Zusammenlegung zahlreicher sogenannter KZ-Friedhöfe in den 1950er-Jahren zu wenigen Ehrenfriedhöfen. Diese KZ-Friedhöfe markierten die letzten Tatorte der Todesmärsche. Jüdische Überlebende protestierten damals: Die Zusammenlegung entzog dem Mord seinen konkreten Ort und überführte die Toten in eine vom Kriegsgräberrecht geprägte Ehrenfriedhofspraxis. Mord wurde in Kriegstod übersetzt, Vernichtung in Opfergleichheit. Die Unterscheidung zwischen Kriegsopfern und Vernichtungsopfern wurde damit zugunsten eines versöhnenden, entkontextualisierten Gedenkens nivelliert.

Von der Ritualisierung zur Entdifferenzierung

Dieses Beispiel aus den 1950er-Jahren mag auf den ersten Blick weit entfernt wirken von heutigen Debatten – zumal vieles aus dieser frühen Phase seit den 1990er-Jahren korrigiert wurde. Doch das zugrunde liegende Muster – die Einebnung von Unterschieden zugunsten eines vereinheitlichenden Gedenkens – zeigt sich in veränderter Form weiterhin. Heute geht es nicht mehr nur um staatliche Interventionen in Gedenkort und -praktiken. Auch gesellschaftliche Akteure wie Akademiker:innen und Aktivist:innen tragen durch begriffliche und analytische Verschiebungen dazu bei, dass die Spezifik der Shoah aus dem Blick gerät, mit Folgen für die Einordnung gegenwärtiger Kriege und massiver Gewalt.

Die Debatten seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem nachfolgenden zerstörerischen Krieg in Gaza haben sichtbar gemacht, wie schnell historische Analogien gezogen werden, wenn Differenzierungen verloren gehen.

Dieser Verlust zeigt sich auf unterschiedliche Weise: Er zeigt sich etwa in der politischen Funktionalisierung von Elementen der Shoah-Erinnerung durch die gegenwärtige israelische Regierung, die auf historisch begründete existenzielle Ängste rekurriert. Besonders problematisch zeigt er sich jedoch in bestimmten Formen pro-palästinensischer Mobilisierung, in denen NS-Vergleiche und eine ‚Nie-wieder‘-Rhetorik zur moralischen Rahmung des aktuellen Krieges zwischen Israel und der Hamas herangezogen werden. Solche Analogien sind problematisch, weil sie unterschiedliche Formen von Gewalt entdifferenzieren und die Shoah für eigene politische oder moralische Zwecke instrumentalisieren. In der Folge geraten andere, kriegsverlängernde Akteure – insbesondere die Hamas – aus dem Blick. Fragen konkreter Verantwortlichkeit verschwinden hinter einseitigen, moralisch absolut gesetzten Schuldzuschreibungen gegenüber Israel.

Vor diesem Hintergrund sei daran erinnert: Wenn von der Präzedenzlosigkeit der Shoah die Rede ist, dann ist damit nicht eine Hierarchisierung von Opfern und Leid gemeint, sondern die Benennung einer spezifischen Struktur von Gewalt jenseits von Kriegsgeschehnissen. Die Zurückweisung der Präzedenzlosigkeit der Shoah ist wiederum keine bloß begriffliche, sondern eine analytisch folgenreiche Entscheidung. Sie verschiebt den Fokus von den Intentionen der Täter sowie von Struktur und Zielrichtung der Gewalt – der unterschiedslosen Vernichtung jüdischer Menschen als solcher – hin zu einer formalen Vergleichbarkeit von Leidensgeschichten.

Genau in dieser Verschiebung können sich jedoch Deutungsmuster reproduzieren, die problematische Anknüpfungspunkte bieten: das Misstrauen gegenüber einer vermeintlichen Sonderstellung der jüdischen Opfer, die Unterstellung besonderer Privilegierung sowie ein Ressentiment gegen Differenzierung selbst, insofern sie nicht als analytische Notwendigkeit, sondern als moralisches Problem erscheint – verbunden mit dem Einwand, andere Opfergruppen würden dadurch zu wenig anerkannt.

Ein Blick auf die Struktur der Gewalt und die darin wirksamen Intentionen der Täter ist jedoch Voraussetzung für eine präzise historische Analyse – für eine Auseinandersetzung mit der Shoah selbst und nicht nur mit ihrer gegenwärtigen Instrumentalisierung, zumal ein *Hijacking memory* aus zahlreichen unterschiedlichen politischen und moralischen Richtungen erfolgt. Nur auf dieser Grundlage hätten nach 1945 tragfähige rechtliche und moralische Kategorien entwickelt werden können; tatsächlich aber blieben sie brüchig, umkämpft und bis heute unvollständig.

Differenzierung als Aufgabe

Die Frage, was die Shoah von anderen Formen massiver Gewalt unterscheidet, ist demzufolge nicht nur eine historische, sondern auch eine analytische. Aufschlussreich ist hierbei ein Blick auf die Periodisierung. Während die Täterforschung häufig die

Jahre 1941 und 1942 als Zäsuren der Radikalisierung markiert, beginnt die Verfolgung aus jüdischer Sicht früher, nicht erst mit massenhafter Gewalt – für einige bereits 1933, für andere 1935 mit den Nürnberger Gesetzen.



Die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz verwiesen selbst auf diese Kontinuität, indem sie ausdrücklich an die Nürnberger Gesetze anknüpften. Vertreter des World Jewish Congress wie Franz Rudolf Bienenfeld sowie Jacob und Nehemiah Robinson erkannten bereits in den 1930er-Jahren deren gefährliche Dynamik, ohne Auschwitz vorhersehen zu können. 1935 hätte es noch rechtliche und politische Möglichkeiten des Einlenkens gegeben; die Entwicklung war nicht zwangsläufig, aber die Auslöschung als Rechtsperson schuf die Bedingungen dafür. 1941 war diese Schwelle längst überschritten.

Diese historische Analyse verweist auf eine Einsicht, die über ihren Entstehungskontext hinausreicht: Gewalt lässt sich nicht allein nach ihrem Ausmaß beurteilen, sondern nach ihrer Struktur und ihrer Zielrichtung. Wo diese Unterscheidung verloren geht, verschwimmt die Grenze zwischen Krieg – auch wenn er brutal geführt wird – und einer Gewalt, die auf die Auslöschung einer Gruppe als solcher zielt.

Die antisemitische Vernichtung, die auf der Wannsee-Konferenz bürokratisch fixiert wurde, war eine solche Gewalt. Hannah Arendt hat sie treffend als vollendete Sinnlosigkeit bezeichnet. Sie zielte nicht auf militärische Ziele, nicht auf territoriale Gewinne, nicht auf politische Unterwerfung, sondern auf die Negation jüdischer Existenz.

Gerade daraus lässt sich eine zentrale Aufgabe gegenwärtiger Erinnerungsarbeit bestimmen: nicht in einem Erinnern aufzugehen, das sich als moralisch aufgeladenes Ritual verfestigt und primär der kollektiven Selbstvergewisserung dient. Entscheidend ist vielmehr, die Fähigkeit zur Differenzierung wachzuhalten – zwischen verschiedenen Formen von Gewalt, zwischen Kontexten und Intentionen, zwischen Kontinuitäten und Brüchen, zwischen Kriegsoptionen und Vernichtungsoptionen.

Nur so bleibt sichtbar, was diesen Ort prägt: die Erinnerung an eine Vernichtungsgewalt, die Menschen dafür traf, was sie waren – jüdisch.

—

Remembering as Staatsräson?

by Anne Rethmann



The 84th anniversary of the Wannsee Conference is marked by the German title *Remembering as Staatsräson?*—with a question mark, notably so. The concepts and events under discussion range from January 20, 1942, to Angela Merkel's address to the Knesset in 2008, and to October 7, 2023. Taken together, they point to a field of tension that extends far beyond German and Israeli cultures of remembrance.

In recent years, the concept of *Staatsräson* has triggered intense controversy—over freedom of expression, historical responsibility, and the question of whether, and what, can be learned from history at all. It has become a crystallization point of conflicts over memory politics. Jacob Eder has already outlined the basic contours of this problematic concept in his contribution. Especially in the context of Angela Merkel's 2008 speech to the Knesset, it seems to me sensible to de-dramatize the term—without defending it. Merkel clearly uses *Staatsräson* to acknowledge the existential security function of Jewish statehood after 1945, situating it against the backdrop of concrete security threats, such as Iran's nuclear program. At the same time, she explicitly binds it to political solutions to the Israeli-Palestinian conflict and to the concept of human dignity, which she invokes repeatedly and which normatively constrains state security claims, both morally and legally. Human dignity is legally enshrined in Germany's Basic Law as well as in Israel's *Basic Law: Human Dignity and Liberty*. In current polemics, these nuances are usually lost. Much like the concept of genocide, *Staatsräson* itself has become an affective code whose dramatized reading creates the impression that criticism of Israeli policy is fundamentally prohibited.

In this short contribution, I will not pursue this issue further. Instead, I would like to focus on the first part of the title: on remembering—and on this specific place on Lake Wannsee. What significance does this roughly ninety-minute meeting of January 20, 1942 have for an understanding of the Shoah? What should a memorial and, above all, an educational site like this one pay particular attention to? And does the way in which the Shoah is remembered affect how Israel is perceived today? This place can offer some important impulses in response to these questions.

The Pre- and Post-History of the Wannsee Conference

This site is not a crime scene in the narrow sense. There was no blood here, no piles of corpses, no gas chambers. And yet it stands symbolically—and, in the bureaucratic language of the surviving protocol, quite explicitly—for the near-total annihilation of European Jewry.

Alongside deportation sites, the villa at Wannsee is one of the few places in Germany that does not merely point to National Socialist terror in general. Rather, it refers to the

Shoah in a very concrete sense, and thus to a defining characteristic of National Socialism: an antisemitism aimed at annihilation, which assumed its most radical institutional form in the extermination camps in occupied Poland.



There is now a broad consensus in Holocaust scholarship that the decision to eliminate the Jewish population of Europe was not taken for the first time at this point. Rather, the idea of annihilation had already taken hold within large segments of the German leadership. At the same time, existing radical antisemitic groups and networks in the occupied and allied countries could be mobilized in support of the German policy of extermination. The Wannsee Conference therefore documents not a beginning but a consensus. It signals the administrative consolidation of an extermination process that was already underway. Its significance lies above all in its prehistory and its aftermath.

Between the summer of 1941 and January 1942, hundreds of thousands of Jewish men, women, and children had already been murdered, primarily through mass shootings in the occupied territories of the Soviet Union. In December 1941, Chelmno began operating as the first camp designed explicitly for immediate extermination. In 1942, the extermination camps of the so-called *Aktion Reinhardt* followed—Belzec, Sobibor, and Treblinka—alongside Auschwitz-Birkenau as the center of industrial mass murder. The Wannsee Conference thus administratively bundled an ongoing process of killing and made visible both its systematic orientation toward the entirety of European Jewry and its integration into an already existing and escalating infrastructure of annihilation.

A significant part of the meeting was therefore not devoted to the question of whether Jews should be annihilated—this was already presupposed—but to how this category was to be defined. As the protocol explicitly states, the discussion drew on the Nuremberg Laws of 1935. In legal form, these laws constructed the Jewish population as a collective internal enemy and progressively stripped it of any claim to legal personhood. German law thus became, for the Jewish population, an instrument of lethal attribution rather than a condition of possible freedom. For Jewish victims, this collective ascription meant that annihilation became the rule and survival the exception. The non-Jewish, German Auschwitz survivor Ludwig Wörl captured this logic in a single sentence during the first Frankfurt Auschwitz trial in 1964: “The Jews had to die, the Poles were meant to die, and the Germans were allowed to die.”

The post-history of the Wannsee Conference includes the collapse of the camp system and the relocation of exterminatory violence into once again unbounded, immediate forms. Between the autumn of 1944 and May 1945, this culminated in the death marches, in which Jews were disproportionately among the victims. This final phase of the Shoah took place to a large extent on German soil.

When I emphasize the violence directed against European Jewry, I do so not only because we are commemorating January 20—the day on which the so-called “Final Solution of the Jewish Question” became the sole item on the agenda. My concern is not the hierarchization of victims, but the logic of annihilation itself: the intentions of the perpetrators and the structures of violence that determined who could survive—and who definitively could not. Where this logic is lost from view, Jewish victims risk being rendered invisible.

One example of such an erasure can be found in Bavaria, where numerous so-called concentration camp cemeteries were consolidated in the 1950s into a small number of honorary cemeteries. These camp cemeteries marked the final crime scenes of the death marches. Jewish survivors protested at the time: the consolidation removed the murders from their concrete locations and transferred the dead into a commemorative practice shaped by the law of war graves. Murder was translated into death in war; annihilation into an equality of victims. The distinction between victims of war and victims of extermination was thus leveled in favor of a reconciliatory, decontextualized form of remembrance.

From Ritualization to De-Differentiation

At first glance, this example from the 1950s may seem far removed from today’s debates—especially since much from this early phase was revised from the 1990s onward. Yet the underlying pattern—the flattening of distinctions in favor of a homogenizing remembrance—persists in altered form. Today, the issue is no longer only state intervention in memorial sites and practices. Social actors such as academics and activists also contribute, through conceptual and analytical shifts, to the erosion of the Shoah’s specificity, with consequences for how contemporary wars and mass violence are interpreted.

The debates following Hamas’s massacre on October 7, 2023, and the subsequent devastating war in Gaza have made visible how quickly historical analogies are drawn when differentiation is lost. This loss manifests itself in different ways. It can be seen, for example, in the political instrumentalization of elements of Shoah remembrance by the current Israeli government, which invokes historically grounded existential fears. Even more problematic, however, are certain forms of pro-Palestinian mobilization in which Nazi comparisons and a “Never Again” rhetoric are employed to morally frame the current war between Israel and Hamas. Such analogies are problematic because they de-differentiate distinct forms of violence and instrumentalize the Shoah for political or moral purposes of one’s own. As a result, other actors who prolong the war—most notably Hamas—fade from view. Questions of concrete responsibility disappear behind one-sided, morally absolute attributions of guilt directed at Israel.

Against this background, it bears repeating: when the Shoah is described as unprecedented, this does not imply a hierarchization of victims or suffering. It refers instead to the identification of a specific structure of violence beyond the context of warfare. The rejection of the Shoah's unprecedented character is therefore not a merely terminological move but an analytically consequential decision. It shifts the focus away from perpetrator intent and from the structure and direction of violence—namely, the indiscriminate annihilation of Jews as such—toward a formal comparability of histories of suffering.

It is precisely in this shift that interpretive patterns may re-emerge that offer problematic points of connection: suspicion toward an alleged special status of Jewish victims, the insinuation of particular privilege, and a resentment toward differentiation itself, insofar as it appears not as an analytical necessity but as a moral problem—often accompanied by the objection that other victim groups are thereby insufficiently acknowledged.

A focus on the structure of violence and on the intentions operative within it is, however, a prerequisite for precise historical analysis—for engaging with the Shoah itself rather than merely with its contemporary instrumentalization, especially given that *hijacking memory* occurs from a wide range of political and moral directions. Only on this basis could viable legal and moral categories have been developed after 1945; in reality, however, they remained fragile, contested, and incomplete to this day.

Differentiation as a Task

The question of what distinguishes the Shoah from other forms of mass violence is therefore not only a historical but also an analytical one. A closer look at periodization is instructive here. While perpetrator-focused research often marks the years 1941 and 1942 as turning points of radicalization, from a Jewish perspective persecution began earlier, not only with mass violence—for some already in 1933, for others in 1935 with the Nuremberg Laws.

The participants of the Wannsee Conference themselves pointed to this continuity by explicitly invoking the Nuremberg Laws. Representatives of the World Jewish Congress such as Franz Rudolf Bienenfeld, as well as Jacob and Nehemiah Robinson, recognized their dangerous dynamic already in the 1930s, without being able to foresee Auschwitz. In 1935, legal and political opportunities for reversal still existed; the development was not inevitable, but the destruction of legal personhood created the conditions for what followed. By 1941, this threshold had long since been crossed.

This historical analysis points to an insight that extends beyond its original context: violence cannot be assessed solely by its magnitude, but by its structure and its aim. Where this distinction is lost, the boundary between war—even when conducted with

extreme brutality—and a form of violence aimed at the eradication of a group as such becomes blurred.



The antisemitic annihilation bureaucratically fixed at the Wannsee Conference was such a form of violence. Hannah Arendt aptly described it as completed senselessness. It did not aim at military objectives, territorial gain, or political subjugation, but at the negation of Jewish existence.

From this follows a central task of contemporary remembrance: not to be absorbed in a mode of remembering that hardens into a morally charged ritual and serves primarily collective self-assurance. What matters instead is to preserve the capacity for differentiation—between different forms of violence, between contexts and intentions, between continuities and ruptures, between victims of war and victims of extermination.

Only in this way does what characterizes this place remain visible: the memory of an annihilatory violence that targeted people for what they were—Jewish.

TLV-01

<http://www.hagalil.com>